

Kosten für Wohngebäudeversicherung steigen, Dax über 15.000- Punkte-Marke, Soziale Ungleichheit wächst

Kosten für Wohngebäudeversicherung steigen

Für das kommende Jahr (2024) müssen Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer mit höheren Belastungen bei der Wohngebäudeversicherung rechnen. Die Jahresbeiträge dürften allein wegen des sogenannten Anpassungsfaktors um 7,5 Prozent steigen, so das Vergleichsportal Check24 am Donnerstag (02.11.2023) in München. Grund dafür seien vor allem steigende Kosten bei den Versicherern. In bestimmten Fällen haben Versicherte bei Beitragserhöhungen Anspruch auf eine Sonderkündigung, so Check24. Versicherungsnehmerinnen und -nehmer sollten ihre Rechnung genau prüfen. Außerdem: Die Aufwendungen für Gebäudeversicherungen können teilweise von Immobilieneigentümern umgelegt werden auf die Mieter von Wohnungen und Häusern, nämlich über die Nebenkostenabrechnung. Demnach betrifft der Anstieg der Beiträge nicht nur Eigentümer, sondern auch Mieter. ([Spiegel Online](#))

Dax über 15.000-Punkte-Marke

Am Donnerstag (02.11.2023) hat der Dax den Weg über die Marke von 15.000 Punkten zurückgefunden. Zuletzt zählte der deutsche Leitindex 1,11 Prozent im Plus auf 15.144 Punkte. Der EuroStoxx 50 befand sich zuletzt mit 4.168 Punkten mit 1,4 Prozent im Plus, der MDax der mittelgroßen Werte verbuchte ein Plus von 2,80 Prozent auf 24.899 Zähler. An der Spitze des Leitindex Dax notierten die Papiere von Vonovia, Siemens

Energy und Infineon mit Zugewinnen zwischen rund 6,3 und 4,6 Prozent. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Soziale Ungleichheit wächst

Die soziale Spaltung in Deutschland wurden durch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre weiter verschärft. Darauf deuten Umfrageergebnisse aus dem am Donnerstag vorgestellten Verteilungsbericht des Wirtschaftsprüfer- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hin. Demnach hat sowohl die Ungleichheit der Einkommen als auch die Armutsquote während der Coronajahre weiter zugenommen. Seit über zwanzig Jahren schon wächst die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen. Zudem ist die Armutsquote seit über einem Jahrzehnt gestiegen. Lebten 2010 noch 14,5 Prozent der Bevölkerung in Armut sind es 2022 bereits 16,7 Prozent (!). Besonders häufig betroffen sind Frauen, Ostdeutsche und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Grundlage der Untersuchung sind repräsentative Befragungen von 800.000 Personen aus dem Mikrozensus (bis 2022) sowie rund 15.000 Haushalte aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) bis 2021. Mehr dazu [hier](#). ([Der Tagesspiegel](#))